

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

18.6.1921 (No. 139)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Straße Nr. 14, Fernsprecher: Nr. 953 und 954, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortl. Hauptredakteur: C. Amend, Druck und Verlag: G. Braun'sche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 16.40 M., — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 7mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kasseeintrag gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, Zwangsversteigerung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

In der Nummer 139 der „Karlsruher Zeitung“ vom 11. d. M. ist ein Leitartikel enthalten: „Generalstreik in Bayern“. Insbesondere ein Teil der Ausführungen in diesem Artikel hat sowohl nach dem Inhalt als auch hinsichtlich der Form vielfach im Lande, aber auch außerhalb, vor allem in Bayern, Aufsehen erregt.

Das badische Staatsministerium legt besonderen Wert darauf, hiermit amtlich festzustellen, daß die badische Regierung — und zwar in jeglicher Hinsicht — dem bezeichneten Leitartikel durchaus fernsteht. Der badischen Regierung war vom Erscheinen dieses Artikels nichts bekannt; sie hat die Auslassungen, welche geeignet sind, der bayerischen Bevölkerung und der bayerischen Regierung zu nahezu treten und sie zu kränken, sowie dadurch die guten Beziehungen der beiden Länder zu stören, lebhaft bedauert und lehnt diese Auslassungen mit allem Nachdruck ab.

Der Leitartikel ist lediglich eine Arbeit des Hauptschriftleiters Amend von der „Karlsruher Zeitung“ und er hat ihn voll zu verantworten.

Karlsruhe, den 17. Juni 1921.

Badisches Staatsministerium.

Der Staatspräsident:
Trunk.

* Die bayerische Regierung

Ist bei der badischen Regierung wegen unseres Leitartikels „Generalstreik in Bayern“ vom Samstag, den 11. Juni, vorstellig geworden. Die badische Regierung hat darauf eine Antwort erteilt, die wir im amtlichen Teil unserer heutigen Nummer veröffentlichen.

Wir möchten unter ausdrücklicher Bezugnahme auf unsere gestrigen Ausführungen dazu bemerken, daß wir diesen Schritt der badischen Regierung verstehen und würdigen. Wenn sich die bayerische Regierung durch einzelne Wendungen unseres neulichen Leitartikels unangelehnt berührt fühlt, so verlangt es die gute Form, eine solche Folgeerscheinung zu bedauern. Und wir können uns selbst diesem Bedauern nur anschließen, umso mehr, als es uns, wie wir schon gestern mit allem Nachdruck erklärten, gänzlich fern gelegen hat, die bayerische Regierung als solche oder das bayerische Volk als solches zu provozieren.

Wir haben gewisse Tatsachen, gewisse Ereignisse, gewisse Handlungen eines ganz bestimmten Teils der Bevölkerung im Auge gehabt und haben über diese Dinge ein Urteil abgegeben, das formal, wenn man auf die Form einer Äußerung besonderen Wert legt, außerordentlich scharf gewesen ist. Wenn durch diese scharfe Form der Sache selbst nicht gebiert wurde, so beklagen wir das am meisten. Von dem rein sachlichen Inhalt unseres Artikels, das heißt also von allen Feststellungen und Bemerkungen, die sich auf allgemein bekannte Tatsachen beziehen, werden und können wir nichts zurücknehmen. Und wir glauben auch kaum, daß solches von uns erwartet wird.

„Kommunalpolit. Rundschau.“

Heimatshut.

Von Stadtrat G. von Frankenberg in Braunschweig.
Neben dem Wiederaufbau der vernichteten wirtschaftlichen und geistigen Güter, die dem Kriege und seinen Folgen bei uns zum Opfer gefallen sind, ist die Erhaltung der bestehenden schätzbaren Anlagen und des heimatischen Landschaftsbildes von größtem Werte, weil die Anhänglichkeit an das uns vererbte Gebiet, die Liebe zum Vaterlande und das treue Festhalten an bodenständigen Überlieferungen uns bei aller Armut reich, bei all dem Unglück glücklich machen. Schon deshalb haben die Verbände des Heimatshutes Anwartschaft auf Förderung vom Reich, von den Ländern, den Verbänden, Kreisen, Gemeinden und allen einsichtigen Volksgenossen, weil sie nicht mit himmelstürmenden, kostspieligen neuen Plänen und Unternehmungen uns überschütten und unter dem Vorwande der „Großzügigkeit“ Millionen ver-

langen, sondern sich bescheiden mit Wenigem begnügen und im Grunde genommen darin wurzeln, daß man nicht entzichten soll, was die Heimat uns ehrend, reizvoll und teuer macht. Ein Anspruch auf Unterlassen von Störungen, Schädigungen und Beeinträchtigungen reißt nicht ins Geld, er leidet in seiner Durchführung nicht unter der acht- bis zehnfachen und stärkeren Übersteuerung, er vierzehnfacht nur gewissen spekultativen Köpfen und gewinnlüsternen Planmachern den Zugang zu dem ersehnten Ziele und kann unter Umständen als eine Schmälerung ihres erhofften Ruhens angesehen werden. Da es weder nach dem geltenden Rechte noch nach dem natürlichen Gefühl einen allgemeinen Satz gibt, wonach jedermann befugt sein müßte, allen erdenklichen Gewinn durch rücksichtslose Ausbeutung des Bodens und der sonstigen Wirtschaftsmöglichkeiten zu erzielen, da insbesondere die Entzerrungsgeetze zwar den eingetretenen Schaden, nicht aber auch den möglicherweise entgangenen Gewinn aus noch gar nicht eingeleiteten Unternehmungen ersetzen, so ist grundsätzlich nichts gegen den Gedanken des Heimatshutes zu sagen.

Welches sind die Hauptaufgaben, die er sich stellt? Schon der Ausdruck sagt uns, daß er über den Begriff des Naturschutzes erheblich hinausgeht: er umfaßt außer ihrer, also außer der Erhaltung der natürlichen Eigenart der Landschaft, ihrer Tier-, Pflanzen-, Steinwelt und des sonstigen damit eng verbundenen Zubehörs auch den Schutz derjenigen Werte von Mensch und Natur, die sich nach der Entwicklung als besonders wertvoller Teil, als Erzeugnis, als Eigentümlichkeit der Heimat darstellen und ihren Wert, ihre Anziehungskraft, ihren wunderbaren Zauber erhöhen. Die Gefahren sind nicht gering, von denen der Bestand bedroht ist: neben der schon erwähnten Sucht, rasch reich zu werden, ist auch die Unachtsamkeit, die Unkenntnis, der Zerförungsdrang, die Nothwendigkeit zu nennen, die als Feinde der schutzbedürftigen Einrichtungen ihnen argen Abbruch tun. Dazu gestellt sich der Nachahmungstrieb, die Nachäffererei der Mode, die Lust, sich hervorzutun und anderen gegenüber zu prunken, und das Verlangen, nicht für altwätersch, bäuerlich oder kleinstädtisch gehalten zu werden, sondern in Sprache, Tracht, Sitte und Wesen einen vorgeschrittenen, modernen Eindruck zu machen.

Es ist ein schweres Stück Arbeit, gegen den Strom zu schwimmen und gegen all die Vorurteile, die Einwendungen, die Vergnügensucht und andere Regungen anzukämpfen. Wie treiben wir Heimatshut? Es gilt volkreicherische Arbeit auszuführen, und bei ihr können wir nur zum Erfolge gelangen, wenn wir Haus, Schule und Gemeinde, zuletzt aber auch das Leben selbst zusammenwirken lassen.

Der Engländer sagt: „charity begins at home.“ Wie mit der Wohltätigkeit, so geht es auch mit der Sorge für die heimatische Eigenart. Wird sie daheln, d. h. im Elternhause, in der Familie treu gepflegt, dann bleibt sie im Gemüte (und auf dies, im Gegensatz zu dem nüchtern rechnenden Verstande, ist sie in erster Reihe angewiesen) für die Lebenszeit haften und geht im Sturm und Drang der Jahre nicht so leicht verloren. Erinnerungsgegenstände, Gewohnheiten und Einrichtungen, die durch die Überlieferung bedeutungsvoll sind, finden sich überall und sollten allenthalben gepflegt werden, indem man den Kindern ihre Bedeutung erklärt.

Der wichtigste Bundesgenosse des Hauses ist die Schule, die in den jugendlichen Herzen durch Anschauung und Belehrung, Anregung und Unterricht das Verständnis für die Wertwürdigkeit und Schönheit, die Eigentümlichkeit und den Reiz der Heimat weckt und stärkt, durch Bilder und Beschreibungen, durch Ausflüge und Besichtigungen vertieft und über den Grund, weshalb man diese Anhänglichkeit empfindet, Klarheit und Aufmerksamkeit verbreitet. Deutsch, Geschichte, Erd- und Naturkunde, Zeichen bieten die Hauptanknüpfungspunkte. Beim Handfertigkeitsunterricht und in der Fortbildungsschule kann die Unterweisung ausgebaut und erweitert werden, so daß die Andenkenindustrie, ein volkswirtschaftlich wichtiger Erwerbszweig, dadurch belebt und gefördert wird.

Die Gemeinden (und die hinter ihnen stehenden größeren Verbände, Kreise, Staaten und das Reich) müssen all die Bestrebungen auf Ausgestaltung des Heimatshutes zusammenfassen, in ihrer Anlage von Wegen, Erholungsstätten, Gebäuden und dergleichen darauf Rücksicht nehmen, die Vorschriften (Satzungen) und ihre Handhabung demnach einrichten und den Querebenen kräftig entgegenzutreten, die neuerdings hier und dort sich löbend breit zu machen suchen. Wie es beispielsweise an vielen Orten auf den Dörfern gelungen ist, die Umformer (Transformatoren) der Überlandwerke in schmucken, netten, bodenständigen Häuschen (Türme und dergleichen) unterzubringen; wie man bei Schul- und Gemeindefestern, Postämtern, Sparcassen usw. die im Orte herrschende Bauweise unter Benutzung brauchbarer Vorbilder festgehalten hat, wie bei den Talsperren auf Vermeidung häßlicher, einseitiger Sperrmauern Bedacht genommen und das Landschaftsbild eher verschönt als verunstaltet ist, so muß bei allen auftauchenden Fragen die Wirkung auf den Heimatstreund mit in Rücksicht gezogen werden. Die Ausschüsse für Denkmalpflege, die auch die Natur-Denkmal mit in ihren Bereich einbezogen haben, die Vereine für Heimatshut, die beruflichen Sachverständigen (Konseratoren), die sich mit der Angelegenheit zu befassen haben, sind in erster Reihe auf das Zusammengehen mit den Behörden in Stadt und Land angewiesen und können ihnen mit wertvollem Rat behilflich sein.

Das Leben ist hart und rauh, es schleift die Eden und Ranten ab und vernichtet manche Spur von dem, was von alters her teuer war. Die grünen lebenden Heden, die stillen, lauschigen Plätzchen, die Stätten der Erinnerung verschwinden mehr und mehr. Aber nicht in wehmütiger Trauer über das Vergangene, sondern in frischem, eifrigen Arbeiten zu Erhaltung des Schutzbedürftigen, dessen Bestand sich verlohnt und von Bedeutung ist, sollen wir unseren Trost gegenüber der Zukunft und der drohenden Gleichmadererei suchen und finden. Durch Bildervorträge und Ausstellungen, in denen

Heimatkunst und Ritzsch, Bild und Gegenbild wirkungsvoll dargestellt werden, durch Schriftstellerabende, in denen die heimische, mundartliche Sprache gepflegt wird, durch Trachtenfeste zur Wiederbelebung des Sinnes für die heimatische Kleidung und durch mancherlei ähnliche Veranstaltungen läßt sich der Hochflut des Charakterlosen Neuen ein Damm entgegen setzen. Ein Volk, das nicht an sich selbst verzagt, sondern sich seiner Eigenart bewußt ist und an seine bessere Zukunft glaubt, seine Heimat schätzt und liebt, kann nicht untergehen.

Politische Neuigkeiten. Sturmszenen im Reichstag.

Im Reichstag kam es gestern nachmittag bei der Behandlung der Interpellation über die Ermordung des unabhängigen Abgeordneten Gareis zu unerhörten Sturmszenen. Der unabhängige Abgeordnete Unterleitner behauptete bei der Begründung der Interpellation, daß Münchner Studenten dieser Tage erklärt hätten, es müßten noch 5000 von diesem Gesindel umgebracht werden, damit Ruhe werde. Auf eine Entgegnung, daß man doch Kommunisten nicht so ohne weiteres umbringen dürfe, hätten sie erklärt, Kommunisten seien keine Deutschen. Der sozialistische Abgeordnete Mittelmann machte hier den Zwischenruf: „Da haben sie recht!“ Auf diesen Zwischenruf entstand auf der Linken des Hauses ungeheurer Lärm. Ein kommunistischer Abgeordneter, wahrscheinlich der Abgeordnete Kemmele, stürzte sich mit geschwungenen Fäusten auf Mittelmann. Ihm eilten einige andere kommunistische Abgeordnete nach, darunter der Abg. Bahr, und selbst der sonst so ruhige Abgeordnete Pus, der bekannte Bergarbeiterführer, eilte, wie die „Frl. Ztg.“ berichtet, in großer Erregung auf die rechte Seite des Hauses, wo inzwischen durch das Dazwischentreten mehrerer sozialistischer und deutschnationaler Abgeordneter nach dem ersten Zusammenstoß der Gegner eine geringe Beruhigung eingetreten war.

Der Präsident hatte sofort die Sitzung aufgehoben. Von allen Seiten eilten nunmehr die Abgeordneten auf den Platz unmittelbar vor dem Sitze des Reichszanzlers, wo nunmehr ein heftiges Gedränge entstand. Man sah wiederholt drohend erhobene Fäuste, und selbst einige weibliche Abgeordnete, die sich, um zu vermitteln, in die Menge der Streitenden begeben hatten, mußten wahrscheinlich einige Riffe erleiden. Der laute Streit und die heftigen Auseinandersetzungen, von denen kein Wort zu verstehen war, dauerten wenigstens zehn Minuten an, bis einige Minuten nach 3 Uhr der Reichszanzler den beiden Parteien beruhigend zuredete. Allmählich glätteten sich die Bogen etwas und der Präsident konnte mitteilen, daß der Ministerrat um 3 Uhr 15 Minuten zur Feststellung des Tagesbestandes zusammenzutreten werde.

Um 5 Uhr 20 Min. wurde die Beratung wieder eröffnet. Nachdem Präsident Loebe den Abg. Mittelmann und Kemmele scharfe Rügen erteilt hatte, nahm Reichszanzler Dr. Wirth das Wort zu einer längeren Rede, in der er das Attentat gegen Gareis als einen feigen, hinterlistigen Mord und eine Schandtat kennzeichnete und sich dann des Näheren mit dem Gesamtkomplex der bayerischen Fragen befaßte. Er wies dabei unberechtigte Vorwürfe gegen die bayerische Regierung zurück und verurteilte die infame Agitation gewisser reaktionärer Gehorgänge in den süddeutschen Ländern, die auf eine Trennung des Südens vom Norden abzielt. In schärfster Weise protestierte er insbesondere gegen die Verschimpfungen, die namentlich ein deutschnationales Stuttgarter Blatt gegen die Reichsregierung richtete. Die Entwaffnungsaktion in Bayern schreite durchaus günstig fort. Die Rede des Reichszanzlers klang aus in eine Mahnung zu freundschaftlicher Zusammenarbeit von Reich, Ländern und Gemeinden.

Nach der mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Rede des Reichszanzlers wurde die Weiterbesprechung der Interpellation auf heute Samstag, vertagt.

Die Lage in Oberschlesien.

Wie die Blätter aus Oberschlesien melden, wurden die Verhandlungen zwischen dem englischen General Pennell und dem Führer des deutschen Selbstschutzes General Höfer am Donnerstag fortgesetzt. Die „Vossische Zeitung“ berichtet, es sei im wesentlichen eine Einigung erzielt worden, und es sei anzunehmen, daß auch der Zwölferverschuh, mit dem namentlich das englische Mitglied der interalliierten Kommission, Sir Harold Stuart, verhandelt, sich mit den Versicherungen, die bei dieser Gelegenheit gegeben wurden, vorläufig einverstanden erklärt. Das sozialdem. Mitglied des deutschen Zwölferverschusses in Oberschlesien, Chrus, äußert sich in den „Oppolener Nachrichten“ über die Verständigung mit der interalliierten Kommission dahin, daß das Verlangen der Kommission, Annaberg zu räumen und durch italienische Truppen besetzen zu lassen, vielleicht doch bei Wahrung anderer Garantien angenommen werden könnte, da der Berg als militärischer Stützpunkt nicht mehr in Betracht komme. Chrus fordert als Garantie, daß die Aufständigen wenigstens als erste Etappe Gleiwitz und Hindenburg räumen, und hofft, daß auf der gekennzeichneten Grundlage eine Einigung zwischen dem Zwölferverschuh und der interalliierten Kommission möglich ist.

Mätkermeldungen aus Beuthen zufolge bildete sich im Kreise Pleß in der nächsten Nähe des Hauptquartiers Karfanth eine rote Armee. Der Abteilungskommandant Karfanth wurde abgesetzt. Volkswirtschaftliche Aufständigenabteilungen erschaffen von Industrieverwaltung und der Kaufmannschaft betrage bis zu 200 000 Mark. Auf mehreren Gruben im Zentralindustrialrevier weht seit heute die rote Fahne. Einzelne Industriedirektionen sind unter der Diktatur der Arbeiter gestellt. Karfanth verlegte seine Hauptquartier nach Blotnik im Kreis Groß-Strehlitz.

Der Völkerverbundrat.

Die 13. Session des Völkerverbundrates in Genf wurde gestern vormittag mit einer kurzen öffentlichen Sitzung eröffnet. Präsident Da Cunha gab einen Bericht über die Mandatsvorlage. Die Regelung der Mandatsfrage sei in der letzten Session des Rates verschoben worden, da die Vereinigten Staaten dem Rate in einer Note mitgeteilt hätten, die Mandatsfrage könne nicht ohne die Mitwirkung der Vereinigten Staaten gelöst werden. Die Vereinigten Staaten seien darauf gebeten worden, sich auf der nächsten Session des Rates zu betreten, noch ist dem Rat auf irgend eine andere Weise die Ansicht der amerikanischen Regierung zur Kenntnis gebracht worden. Da Cunha habe dann die alliierten Staaten gebeten, sich einzeln mit den Vereinigten Staaten über die Frage zu verständigen. Da Cunha hofft, daß der Rat sein Vorgehen billigen werde. Bis jetzt ist ebenso wie Da Cunha der Meinung, daß die Verschiebung der Frage für die Mandatarmächte Unzulänglichkeiten im Gefolge haben werden. Er spricht daher den Wunsch aus, der Rat möge die Angelegenheit noch in der nächsten Völkerverbundversammlung behandeln. Bei der Beratung des weiteren Gegenstandes der Tagesordnung, das Völkerverbundbudget betreffend, wurde die öffentliche Sitzung aufgehoben.

Ein neues Karlistenabenteuer in Ungarn?

Der Wiener Korrespondent des „Bayerischen Kuriers“, der sich in Angelegenheiten der Gabsburger Restaurationsbestrebungen wiederholt gut informiert gezeigt hat, meldet, daß der ehemalige König Karl am 20. August nach Ungarn zurückkehren wolle. Der 20. August, der Stephanstag, sei als der Nationalfeiertag der Ungarn bereits für das neue Unternehmen festgesetzt worden, als der Kaiser nach dem misglückten Osterputsch Ungarn verlassen mußte. Die Karlisten in der Schweiz hätten dadurch neuen Mut geschöpft, daß die ungarische Regierung die Schweiz genötigt habe, Karl als rechtmäßigen König von Ungarn anzuerkennen. Der Verkehr zwischen Karl und der Regierung in Bern vermittelt der in der Schweiz beglaubigte Gesandte Ungarns. Die Depeschen, die zwischen Schloß Hartenstein und Budapest gewechselt werden, würden distrikt zugelaufen. Der ungarische Geschäftsträger in Bern habe bei dem Sekretariat des Völkerverbundes den formellen Antrag auf Zulassung Ungarns zum Völkerverbund gestellt. Auch das hänge auf das engste mit der Regelung der ungarischen Kronangelegenheit zusammen. Ungarn werde sich, sobald seine Aufnahme in den Völkerverbund erfolgt sei, die nach dessen Satzung unzulässige Einmischung fremder Staaten in die inneren Angelegenheiten Ungarns verbitten. Die kleine Entente werde also in kurzer Zeit erneut vor die Frage gestellt, ob sie die Gabsburger Restaurierung als Kriegsverstoß betrachte. Der „Bayerische Kurier“ gibt diese Meldung an der Spitze, aber mit ausdrücklichem Vorbehalt wieder.

Der Holz-Prozess.

Im Holz-Prozess kam es gestern bei der Vernehmung des Angeklagten über die Ermordung des Gutsbesitzers Gehl in Staßfurt wieder zu erregten Szenen. Holz erklärte, wenn es dem Gericht nicht gelingen sollte, ihm den Mord nachzuweisen, so wolle er genau, daß die bürgerliche Gesellschaft, dieses Rad von Ausbeutern und Mordelbendern, ihn durch Mordelbender beseitigen lassen werde. Auf die Entgegnung des Vorsitzenden, Holz möge seinen solchen Unsinns reden, schreit der Verteidiger Justizrat Braß dazwischen, das sei kein Unsinns. Man möge an Garais, Solt und Liebsteid u. s. w. denken. Holz brüllte nunmehr den Vorsitzenden an, er möge nur zugeben, daß es ihm als Mitglied der bürgerlichen Parastengenschaft höchst angenehm wäre, wenn er (Holz) ermordet würde. Als der Vorsitzende dies als dummes Zeug bezeichnete, brüllte Holz den Vorsitzenden mit den Worten an: Sie haben doch den Knüttel, mich wegen Mordes zu verurteilen. Reagieren Sie das nicht. Warum lassen Sie nur Ihre bürgerliche Parastengenschaft, die Ausbeuter, in den Saal hinein? Weil Sie Angst vor dem revolutionären Proletariat haben. Deshalb umgeben Sie sich mit der bewaffneten Macht, weil Sie einen Mord konstruieren und mich erschließen wollen. Nachdem der Vorsitzende ihn zur Ruhe ermahnt und erklärt hatte, daß nur Zeugen für das Gericht maßgebend seien, äußerte sich Holz zu der Erschießung des Gutsbesitzers Gehl. Er behauptete, an diesem Tage überhaupt ohne Waffen gewesen zu sein. Der Vorsitzende bemerkte dazu, daß Gehl vor dem Hause von 11 Kugeln getroffen worden sei. Die Zeugen hätten bekundet, daß Holz selbst den ersten Schuß abgegeben habe, dann den Hund des Gehl erschossen

und sodann noch einmal auf Geh geschossen und schließlich eine Salve hätte abgeben lassen. — In der Fortsetzung der Beweisaufnahme werden einige Fälle von Erpressung erörtert, die von Holz zum Teil abgetritten, zum Teil als Requisitionen zugegeben werden. Auch die Mündung einer Wille kommt zur Sprache. Holz gibt zu, daß dort Kleidungsstücke, Lebensmittel und Vieh requiriert worden sind. Er gibt dann aber eine Erklärung ab: Es wurde mir berichtet, daß Nachrichten und Gerüchte im Umlauf seien, wonach Sipobeamte von Leuten der Roten Armee mißhandelt worden seien. In Wahrheit verhielt es sich aber folgendermaßen: Die Sipos hatte zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Nähe von Halle eine Schlappe erlitten, sie war direkt in das Maschinengewehrfeuer der Roten Armee hineingelaufen. Es waren etwa 20 Sipos-Beute dabei gefallen. Da jeder einzelne Mann mindestens von 20 Maschinengewehrschüssen getroffen worden war, so waren die Körper natürlich sehr gerissen worden. Um eine Probe darauf zu machen, ob meine Leute sich der Mißhandlung oder Tötung von Gefangenen schuldig machten, gab ich den Befehl, einen gefangenen Sipomann und drei Reichswehrsoldaten, die in unsere Gewalt geraten waren, an die Wand zu stellen und zu erschließen. Das Kommando meiner Leute, dem ich diesen Befehl erteilte, weigerte sich aber. Einer der Arbeiter trat an mich heran und sagte: „Max, das tun wir nicht! An Gefangenen vergreifen wir uns nicht.“ Darauf sagte ich: „Gebt mir zwei Handgranaten mit, dann werde ich die Leute selbst erschließen.“ Darauf trat wieder der betreffende Arbeiter zu mir und sagte: „Max, Du darfst so etwas unter keinen Umständen tun.“ Ich wandte mich hierauf zu meinen Begleitern und sagte: „Da habt Ihr die beste Widerlegung der Gerüchte, daß wir Gefangene töten.“ — Ein Vertreter des Gerichts richtete hierauf an Holz die Frage: „Wenn sich die Leute nicht weigerten hätten, die Gefangenen zu erschließen, dann wäre doch wohl die Tötung erfolgt?“ Da Holz dem Fragenden die Antwort verweigert, nimmt der Staatsanwalt die Frage des Besitzers auf und ersucht den Angeklagten, sich zu diesem Punkte zu äußern. Holz erwidert, er würde sicher die Tötung von Gefangenen zu verhindern bemüht haben, ebenso wie er nie die Erschießung von Weibern befohlen habe, obwohl Leute unter ihnen gewesen seien, die Mitglieder der Ortschaft waren und auf der schwarzen Liste standen.

Kurze polit. Nachrichten.

Die Entlohnung in Bayern. Die Einzelentlohnung der bayerischen Einwohnerwehren, die während des Generalkrieges stillgehalten hatte, ist nach Mittermeldungen aus München, wieder aufgenommen worden und konnte reibungslos weitergeführt werden, ohne daß es bisher irgendwo zu einer Weigerung gekommen wäre. Auch auf dem flachen Lande ist die Einzelentlohnung bereits eingeleitet; sie wird ort- und bezirksweise durchgeführt.

Eine Eingabe des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes. Der Allg. Deutsche Gewerkschaftsbund hat in einer Eingabe an den Reichstanzler zum Ausdruck gebracht, daß nach der Auffassung der arbeitenden Bevölkerung zunächst starke Besteuerung und Vermögenssteuern beschlossen werden müssen, ehe an die Erhöhung der indirekten Steuern gedacht werden könne. Jede andere Regelung würde den schwersten Kampf der organisierten Arbeiterschaft gegen die Regierung bedeuten.

Anzeigepflicht der Tuberkulose. Der Bevölkerungsausschuß des Preussischen Landtages nahm einen Antrag an, wonach die Staatsregierung die gesetzgeberischen Grundlagen für eine Anzeigepflicht der offenen tuberkulösen Erkranter (Lungen-, Kehlkopf-, Mochentuberkulose) mit größter Beschleunigung dem Landtag unterbreiten soll.

Badische Übersicht.

* Badische Wochenrückblicke.

Die badische Landwirtschaftskammer

Ist diese Woche zum erstenmal seit ihrer nach den neuen Bestimmungen erfolgten Neuwahl zu einer Vollversammlung zusammengetreten. Die Zusammenkunft der Kammer entspricht allerdings dem Wille, das nach dem neuen Wahlgesetz zu erwarten war, insofern nicht ganz, als die selbstgewählte Vertretung der Arbeitnehmer fehlt, obwohl das erwähnte Gesetz — als einziges deutsches Landesgesetz übrigens neben dem württembergischen — eine solche Vertretung vorsieht. Der

Bericht auf die Aufstellung eigener Kandidaten durch die Arbeiter beruht auf der Unzufriedenheit der letzteren darüber, daß ihrem Verlangen nach paritätischer Zusammensetzung nicht entsprochen wurde. Eine solche Wahl auf durchaus paritätischer Grundlage besteht allerdings auch in Württemberg nicht; auch die Reichs- und Landwirtschaftskammer wird nur zu einem Drittel aus Arbeitervertretern bestehen. Es wäre aber naturgemäß kein idealer Zustand, wenn die Kammer weiterhin der Mitarbeit eigener Arbeitnehmervertreter entraten sollte. Man kann es daher nur begrüßen, daß Minister Kemme in seiner Begrüßungsansprache einer Ausgleichung der Gegensätze und einer friedlichen Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern das Wort redete und dabei ausdrücklich versicherte, es würden sich, falls man die Wahl der Arbeitnehmer nachholen würde, die hierzu nötigen Mittel und Wege finden lassen.

Welch große Bedeutung im übrigen die badische Regierung der Tätigkeit der Landwirtschaftskammer nach wie vor beimißt, geht u. a. auch aus den programmatischen Ausführungen des Ministers des Innern hinsichtlich der geplanten Maßnahmen zur Förderung der badischen Landwirtschaft hervor. Wenn auch noch nicht feststeht, ob es dem Finanzministerium möglich sein wird, der Kammer künftig einen der heutigen Selbsterziehung entsprechenden Beitrag zu gewähren, so sind doch erhebliche Mittel zu zweien der Hebung der Viehzucht, zum Ausbau des landwirtschaftlichen Unterrichtswesens, zur Seuchenbekämpfung und zu vielem anderen vorgesehen.

Der diesmaligen Vollversammlung oblag hauptsächlich die Konstituierung des neuen Vorstandes und der Ausschüsse, die Wahl der Vertreter der Landwirtschaftskammer in den deutschen Landwirtschaftsrat, den Eisenbahnrat, zur Börsen-, zum Wasserstraßenrat für die Hydroamalgamation usw., usw., über die schon im Einzelnen berichtet wurde. Auch die Frage der Vertretung des Landwirtschaftlichen Vereins wurde nach lebhafter Erörterung geklärt, und zwar dahin, daß künftighin der Präsident des Vereins mit vollem Stimmrecht dem Vorstand der Landwirtschaftskammer angehören soll. Neben diesen Fragen organisatorischer Art kam auch ein Antrag zur Beratung, bis zur Aufstellung des neuen Voranschlages für 1921/22 den alten Voranschlag als maßgebend zu betrachten. Der Voranschlag wurde zwar angenommen, doch kam es auch zu scharfer Kritik an der bisherigen Wirtschaft, die nicht mehr gebildet werden könne. In dem Antrag selbst ist die Erwartung ausgesprochen, daß die Ausgaben auf das notwendige Maß beschränkt werden und daß der neue Voranschlagsentwurf der Vollversammlung zur nächsten Tagung vorzulegen ist. Diese nächste Tagung hat nach einem weiteren Beschluß am 1. September stattzufinden. Vor Schluß der Versammlung gelangte noch ein Antrag zur Annahme, die badische Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß die Zwangsversicherung für Getreide schon jetzt aufzuheben werde. Nachdem inzwischen der Reichstag sich für die Einführung des Unlagereisens entschieden hat, müssen allerdings diese Bestrebungen nach völliger Aufhebung der Zwangsversicherung für den Augenblick als aussichtslos erscheinen. Wir hegen jedoch keinen Zweifel daran, daß die Landwirtschaft angesichts der schwerwiegenden und überzeugenden Gründe, die besonders Reichsernährungsminister Dr. Dierkes in seiner von uns im Wortlaut wiedergegebenen Reichstagsrede für die heutige Art der Regelung ins Treffen führt, auch von der Landwirtschaft gewürdigt werden, und daß die Landwirte sowohl wie ihre Organisationen alles daran setzen werden, auch im Rahmen der beschlossenen Übergangsform, die ihnen gegen früher immerhin wesentliche Erleichterung bringt, für eine gesteigerte Produktion und Ablieferung zu sorgen.

Vom Redarfanal.

Die Beteiligung der am Redar liegenden badischen Gemeinden an der Finanzierung des Redarfanalunternehmens bildete den Gegenstand einer am Dienstag in Heidelberg abgehaltenen Besprechung zwischen dem Arbeitsminister Dr. Engler und den Vertretern der interessierten Gemeinden und Bezirke. Die Gemeinden haben dabei, wie nicht anders zu erwarten war, ein erfreuliches Verständnis für das Unternehmen bekundet, indem sie sich bereit erklärten, sich je nach ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit und der Bedeutung, die sie dem Projekt beimessen, an der Zeichnung der Aktien zu beteiligen. Bekanntlich entfallen von dem gesamten, erstmals auszugebenden Aktienkapital von 360 Millionen Mark rund 17½ Millionen auf den badischen Staat, der einen Teil davon wieder an öff. Körperschaften abtreten soll. Am selben Tage fand auch in der Handelskammer zu Mannheim eine von Vertretern des Handels, der Industrie, des Handwerks und der Gewerkschaften besuchte Versammlung statt, in der sich die Beteiligten ebenfalls zur Zeichnung von Aktien bereit erklärten. Alle diese Erwerbsstände haben an der Aktienzeichnung

Die Briefe der Diotima.

Von Bill Scheffer.

Keines Dazens zu sein,
Das ist das Höchste.

Unter den Liebespaaren, denen durch das Erlebnis und seinen geistigen Ausdruck weltgeschichtliche Bedeutung zugekommen ist, sind Friedrich Hölderlin und Susette Gontard infolge der Reinheit ihrer Empfindungen und der Tragik ihrer Schicksale besonders gekennzeichnet. Während einer langen Zeit freilich hat über dem Verhältnis zwischen dem Dichter des „Hyperion“ und der Frau, welche durch sein Schaffen unter dem Namen Diotima unsterblich geworden ist, jenes uneheliche Dunkel gewaltet, das nach der Art von Spinnweben bössartiger oder leichtfertiger Klatsch entspringt. Der — scheinbare — Mangel an zuverlässigen Dokumenten brachte es mit sich, daß die Spiegelung jener Liebe in den Gedichten Hölderlins eher als verzeihliche Subjektivität denn als tatsächliche Wahrheit angesehen werden konnte, ohne demgegenüber gerechtfertigt zu werden. Die materialistische Lebensauffassung durfte ungestraft wagen, auch diese Begebenheit zwischen zwei Menschen als eine nicht eben ungewöhnliche Erscheinung abzutun und in ihrem literarischen Niederschlag als künstlerische Idealisierung zu bezeichnen.

Da indessen Dokumente vorhanden waren, die vollkommen ausreichten, das Gegenteil zu erhellen, sind diejenigen von einem großen Verdulden wider das Andenken eines der größten deutschen Dichter nicht freizusprechen, die auf Grund der fragwürdigsten Rücksichtnahme gegen unbedeutende Personen die Veröffentlichung jener Schriftstücke bisher verhindert haben. Der Stiefbruder Friedrich Hölderlins und seine Nachkommen haben sich unbegreiflicherweise veranlaßt gesehen, die Briefe Susette Gontards an den Dichter, die derselbe mit größter Sorgfalt aufbewahrt hatte, der Kenntnis einer urteilsfähigen Nachwelt vorzuenthalten, bis sie nun, fast 120 Jahre nach dem Tode der Schreiberin, durch den Druck (im Insel-Verlag zu Leipzig) allgemein zugänglich geworden

sind. Mit dieser Veröffentlichung ist zuerst die Möglichkeit gegeben, den Sachverhalt objektiv nachzuprüfen, der in Hölderlins dichterischer Verkörperung allzu selbstbewußten Vertretern der materialistischen Epoche subjektiv dünken zu sollen schien.

Die Anschauung dexter, welche die Beziehungen Hölderlins zu Susette Gontard auf Grund einer gerechten Einsicht in den Charakter des Dichters als eines der edelsten Persönlichkeiten anzusehen wagten, die jemals zwischen Menschen bestanden haben, wird durch die Briefe Diotimas mehr als bestätigt. Es muß nämlich die höchste Bewunderung jedes auch nur einigermaßen zu edlen Empfindungen fähigen erregen, in diesen Briefen eine Frau kennen zu lernen, deren geistiger Schwung und deren seelische Tiefe bei so leidenschaftlichem Zusammenhange zu den erstaunlichsten Auswirkungen des menschlichen Daseins aller Zeiten gehören. Wenn es jemals vergangen ist, zu erfassen, wie in Hölderlins Leben Geist und Mensch eins gewesen sind, der wird nicht verkennen können, was es heißt, Susette Gontard als dieses deutschen Menschen ebenbürtig bezeichnen zu müssen. Aus den Briefen erhellt, wie sehr Hölderlin mit seinem ganzen Wesen der Erscheinung dieser Frau sich hingabgegeben gedungen war, wie ganz er sich durch die Haltung und die Bewegtheit ihrer Natur betätigt sehen durfte, so daß es einmal keine schwärmerische Übertreibung ist, zu sagen, daß diese beiden Menschen für einander geschaffen waren. Der Diotimas Briefe heißt, wird nicht umhin können, Hölderlins Worten von ganzem Herzen zuzustimmen, die er nach der schmerzlichen Trennung an die Geliebte richtete: „Hätte ich mich zu Deinen Füßen nach und nach zum Künstler bilden können, in Ruhe und Freiheit, ja ich glaube, ich wäre es schnell geworden, wonach in allem Leide mein Herz sich in Tränen und am hellen Tage oft mit schmerzender Verzweiflung seht. Es ist wohl der Tränen ich wert, die wir seit Jahren gemeint, daß wir die Freude nicht haben sollten, die wir uns geben können, aber es ist himmelstreichend, wenn wir denken müssen, daß wir beide mit unseren besten Kräften vielleicht vergehen müssen, weil wir uns fehlen.“

Diotima starb sehr bald, und Hölderlin verfiel währenddessen der geistigen Trübung; sie sind beide in ihrem

„besten Kräfte“ vergangen, und es ist in der Tat himmelstreichend, wie so vorzügliche Menschen an der erbärmlichen Kleinheit des äußeren Lebens gescheitert sind. Aus Diotimas Briefen geht bildhaft genug hervor, wie die Liebenden zu den Mitteln alltäglicher Intrige ihre Zuflucht nehmen mußten, um nur einmal im Monat einander zu sehen und ihre Briefe auszutauschen. Und es geht auch daraus hervor, daß nicht ohne eigene „Schuld“ ihre Trennung in so schroffer, jeden weiteren Umgang hindernder Form geschah. Hölderlins empfindsames Ehrgefühl war der brutalen Kränkung zu wenig gewachsen, um einen überlegenen Abgang zu gestatten. Ohne äußere Not verließ es das Haus, in dem er das größte Glück seines Lebens genossen hatte, so schnell und in solcher Weise, daß er sich damit jede Möglichkeit einer späteren Entzerrung verscherte. Die Gefühle, die ihn besetzten, waren zu hoch gespannt, als daß sie sich willkürlicher Entstellung hätten fügen mögen. So war die Verbannung teilweise auch in seinem edlen Wesen selbst begründet, wiederum ein Beweis, daß sein Schicksal restlos in dem Verhältniswollen seiner Natur zu wurzeln bestimmt war.

Dies ändert jedoch nichts an der Erkenntnis, daß die Liebe zwischen Diotima und Hölderlin zu den reinsten Erscheinungen des Menschentums gehört, daß in ihr Sinnlichkeit keine Macht besaß und ihr Verlauf zu seinem anderen Tadel Anlaß bot, als zu dem eine schenklische moralische Quelle sich erschöpfte. Aus zwei Herzen adeligerer Prägung stiegen die Flammen, die sie zu einer einzigen vereinen mußten, ein Licht, das über die Vergänglichkeit hinausstrahlte in die Bezirke ewiger Rechte des Daseins. Hölderlins Gedichte sind so wahrre Kundgebungen seines Wesens, daß sie feinerliche skeptische Einschränkung vertrauen. Ohne die Notwendigkeit gespürt zu haben, abstrakte Sittenlehre zu betätigen, ist Hölderlin eine der denkbar erhabensten Verkörperungen sittlicher Lebenshaltung, ist es auch in seiner Liebe zu Diotima, die, wie wenig Frauen ihrer und aller Zeiten, der Bereicherung eines solchen Mannes würdig war. Das gnostische Rädeln der Materialisten wird hier zur Grimoire der Unterwelt. Keines Dazens zu sein, das ist das Höchste.

ein natürliches Interesse, da sie ja darauf rechnen dürfen, bei der Vergabe von Arbeiten und Lieferungen für das Kanalprojekt in reichem Maße berücksichtigt zu werden. Das insbesondere auch die Interessen der Arbeitnehmer gewahrt werden sollen, ergibt sich aus der Antwort des Reichsvereinsministeriums auf die vor kurzem an dieser Stelle erwiderte Entschuldig des Bezirks Baden, Württemberg und Pfalz des deutschen Metallarbeiterverbandes; danach sind im Bereiche der Redaktionsverwaltung kürzlich mehrere große Bauwerke ausgeschrieben worden, deren Vergabe in Kürze erfolgen wird. Nach dem Stand der Verhandlungen mit den beteiligten Ländern steht zu erwarten, daß die Gründung einer gemischtwirtschaftlichen Gesellschaft zur planmäßigen Ausführung des Kanalunternehmens in der nächsten Zeit erfolgen kann. Die Beteiligung der Arbeitnehmer wird nach den gesetzlichen Vorschriften erfolgen. Von besonderer Wichtigkeit ist das Kanalprojekt bekanntlich für Mannheim. Es erscheint darum nur natürlich, daß die Stadtgemeinde sich auch an der Finanzierung der R.A.G. in ausgiebiger Weise beteiligt. In der Tat wird denn auch, wie der „M. G. A.“ schreibt, diese Beteiligung eine sehr beträchtliche sein, wenn das geplante Großkraftdampferwerk in Mannheim errichtet wird, das als ein notwendiger Bestandteil der mit der Redaktionsverwaltung verbundenen Kraftanlagen anzusehen ist. Es wäre jedoch, so fügt das Blatt hinzu, zu wünschen, daß auch noch darüber hinaus die Stadtgemeinde Mannheim noch Aktien übernehmen und dadurch den Gemeinden ein gutes Beispiel geben würde. Wie versichert wird, ist dafür Sorge getragen, daß der badische Einfluß in der neuen Gesellschaft unter allen Umständen gewahrt bleibt. Es deutet also alle Anzeichen darauf hin, daß die Finanzierung des Kanalprojektes auf bestem Wege ist. Genauerer Aufschluß darüber wird man wohl schon gelegentlich der am nächsten Dienstag in Stuttgart erfolgenden endgültigen Gründung der Redaktionsgesellschaft erhalten.

Beilegung des Textilarbeiterstreiks.

Die gestern mitgeteilte werden konnte, hat das zur Beilegung der Streitigkeiten in der Textilindustrie gebildete Schiedsgericht am Donnerstag seine erste Sitzung abgehalten. Die Verhandlungen haben bereits zu einem erfreulichen Erfolg geführt, nämlich insofern, als die Vertreter des deutschen Textilarbeiterverbandes erklärten, daß ihrerseits der Streik in Emmendingen, der bekanntlich den Anlaß zu dem Kündigungs- bzw. Aussperrensbeschluß der Arbeitgeber bildete, abgebrochen und daß bestimmt mit der Wiederaufnahme der Arbeit vom heutigen Samstag ab zu rechnen sei, während die Arbeitgeber bekanntgeben, daß mit der Wiederaufnahme der Arbeit in Emmendingen die zum Zwecke der Aussperrung ausgesprochenen Kündigungen ohne weiteres sofort zurückgenommen würden. Damit erscheint die Gefahr einer Aussperrung, die zu einer außerordentlichen Schädigung des Wirtschaftslebens geführt hätte, zunächst ausgeschlossen. Das Schiedsgericht wird nunmehr, nachdem beide Parteien zur Mitarbeit an einer schiedsgerichtlichen Schlichtung der Streitigkeiten bereit sind, die Angelegenheit weiter verfolgen, und es ist zu hoffen, daß auf diese Weise die Differenzen, die nun schon seit Wochen andauern und in ihren Auswirkungen eine große Gefahr nicht nur für die beteiligten Kreise, sondern auch für die Allgemeinheit heraufbeschwören drohen, baldigt in glücklichem Sinne ausgeglichen werden.

Eisenbahnbeamte und Arbeiter und Personalhaushalt.

Durch verschiedene Tageszeitungen geht die Notiz, daß die Eisenbahn-Generaldirektion „im Drange der Geschehnisse verlegen“ habe, die Großorganisationen und das Büro für Beamten- und Arbeiterinteressen zu einer Vorbesprechung des Nachtrags zum Personalhaushalt 1921 einzuladen. Der Sachverhalt ist, wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, folgender: Die Eisenbahn-Generaldirektion war mit Telegramm vom 27. Mai 1921 vom Reichsverkehrsminister aufgefordert worden Vertreter auf Dienstag, den 31. Mai 1921 zur Aufstellung des Nachtragshaushalts 1921 nach Berlin zu entsenden. Dieses Telegramm gelangte durch ein Versehen erst am 30. Mai 1921 in den Besitz der Eisenbahn-Generaldirektion. Dem sofort seitens der Eisenbahn-Generaldirektion beim Reichsverkehrsminister gestellten Antrag, den Termin um eine Woche hinauszurücken, konnte nicht entsprochen werden, weil der Nachtragshaushalt unbedingt mit der größten Beschleunigung fertiggestellt werden mußte. Bei der inzwischen erfolgten Aufstellung des Nachtragshaushalts sind — abgesehen von der Umbauung einer Anzahl Diäten- in planmäßige Stellen bei keinem Rand neue planmäßige Stellen vorgesehen worden. Ein Nachteil für das badische Personal ist also daraus, daß die Besprechung nicht stattfinden konnte, nicht entstanden.

Kultusminister Hummel zur polit. Lage.

In seiner z. Z. schon von uns wiedergegebenen Rede im deutsch-demokratischen Ortsverein Ettlingen am Kultusminister Hummel laut „B. R.“ u. a. auch auf das Gerücht der angeblichen Gegenstände zwischen dem Minister a. D. Dietrich und ihm zu sprechen und führte dabei aus: „Ich kann nur sagen, daß bisher in keiner wesentlichen Einzelfrage und in keiner allgemeinen Frage irgend ein Gegenstand oder gar ein unüberbrückbarer Gegenstand zwischen Dietrich und mir sich gezeigt hat. Wir werden uns nicht davon abhalten lassen, in geschlossenen Zusammenarbeiten je weiter zu gehen, wie wir in den letzten 2 1/2 Jahren gegangen sind. (Lebhafte Beifall.) Wir stehen beide auf dem Standpunkt, daß das Ziel für Deutschland nicht in einer weiteren Spaltung liegen kann, sondern in einem Zusammenhalten und Zusammengehen und in dieser Richtung werden wir auch in den Landtagswahlkampf eintreten. Dieser wird von uns mit dem Gedanken befeuert: Es ist die höchste Aufgabe, die deutsche Kultur und die deutsche Bildung auf der Höhe zu erhalten und zu verbinden, daß sie herabfallen; wir müssen dafür sorgen, daß deutsche Bildung dem deutschen Volke in dem Maße gegeben wird, daß es imstande ist, seine schweren Aufgaben zu erfüllen. Wir werden uns aber auch in den wirtschaftlichen und sozialen Fragen, die im Laufe des Wahlkampfes aufgestellt werden, nicht beirren lassen, unseren Weg des Ausgleichs der wirtschaftlichen und sozialen Interessen weiter zu gehen und dafür zu sorgen, daß die tiefe Kluft, die hier im deutschen Volk entstanden ist, ausgefüllt wird. Wir wollen die Kräfte gewinnen, die wir nötig haben werden, um Deutschland wieder zur Höhe emporzuführen zu können.“

Kurze Nachrichten aus Baden.

Ar. 34 des Badischen Gesetz- und Verordnungs-Blattes hat folgenden Inhalt: Verordnungen des Staatsministeriums: Ausführung des Betriebsgesetzes vom 4. Februar 1920 (Mitsch-Gesetzblatt Seite 47); des Ministeriums des Inneren: die staatliche Prüfung der Dentisten; des Arbeitsministeriums und des Ministeriums des Innern: die Beschäftigung weiblicher Personen in Gast- und Schankwirtschaften.

DZ. Aus der Kreisauerschulung in Offenburg. In der Sitzung wurde u. a. beschlossen, zu den Vorarbeiten einer Falschperre über die Krüberger Wasserfälle, um welches Projekt die Stadtgemeinde Triberg in Verbindung mit einer Reihe anderer Gemeinden bemüht ist, einen Kreisbeitrag von 3000 Mark zu bewilligen.

DZ. Von der Presse. Wie wir erfahren, tritt mit Ende dieses Monats Redakteur Heinrich Müller nach mehr als 31jähriger Tätigkeit aus rein geschäftlichen Gründen von der Redaktion des „Freiburger Boten“ zurück. Er wird vom 1. Juli ab in die Schriftleitung der Freiburger „Tagespost“ eintreten.

Aus der Landeshauptstadt.

* Ein Karlsruhe Musikfest. Das badische Landestheater wird zu Beginn des neuen Spieljahres und zwar in der Woche vom Dienstag den 27. September bis Montag den 3. Oktober ein „Karlsruher Musikfest“ veranstalten, das ein bemerkenswertes Ereignis in dem Musikleben der Hauptstadt werden dürfte.

* Ehrenbürger. Dem ordentlichen Professor an der Technischen Hochschule Karlsruhe, Geh. Hofrat Dr. phil. Heun, ist von der Technischen Hochschule in Berlin die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen worden.

* Hochherzige Spende aus dem Auslande. Ministerialsekretär Franz Dehob hat dem Oberbürgermeister mitgeteilt, daß ihm durch Vermittlung seines Bruders Adolf Dehob bei der Banco Aleman Transatlantico in La Paz (Bolivien) ein Geldbetrag von rund 100 000 M. für die im Kriege arm und Baise gewordenen Kinder der Stadt Karlsruhe überwiesen worden sei.

Todesfall. Einer der angesehensten Industriellen unserer Stadt, Brauereidirektor Stefan Rominger, ist im Alter von 62 Jahren gestorben. Vor etwa 40 Jahren übernahm er mit seinem Bruder das väterliche Geschäft, das unter der Leitung der beiden Brüder und des im Jahre 1912 verstorbenen dritten Bruders Theodor Rominger zu einer ungeheuren Blüte gedieh. Im Jahre 1889 wurde die Brauerei dann in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Stefan Rominger widmete sich ausschließlich seinem Beruf und lehnte wiederholt die Übernahme von Ehrenämtern ab. Eine große Anzahl von Vereinen unserer Stadt hatten den Entschlossenen zu ihrem Ehrenmitglied ernannt, so der Ehrenbürgerverein, der Militärverein, mehrere Gesangsvereine und zuletzt bei der Feier seines 200jährigen Bestehens die Karlsruher Schützengesellschaft.

Badische Gemeindegewalt.

I. Verhandlungstag des Badischen Sparfassen- und Giroverbandes.

* Am Samstag, den 11. d. M., fand in Konstanz unter der Leitung des Verbandsvorsitzenden I. Bürgermeisters Ritter-Mannheim die erste Tagung des Bad. Sparfassen- und Giroverbandes statt, zu der gegen 200 Vertreter badischer Sparfassen und Gemeinden erschienen waren. Als Vertreter der Regierung wohnte Ministerialrat Dr. Benker-Karlsruhe den Verhandlungen bei. Als Gäste waren Abgeordnete anderer deutscher Sparfassenverbände anwesend. Sparfassenleiter Schmelzer-Mannheim erstattete den letzten Geschäftsbericht des im Januar dieses Jahres in den Badischen Sparfassen- und Giroverband umgewandelten bisherigen Sparfassenverbandes. Der Redner gab ein anschauliches Bild von der Entwicklung der badischen Sparfassen. Seine Ausführungen wurden beifällig aufgenommen.

Der Direktor der Badischen Girozentrale Dr. Welger-Mannheim erläuterte über die Gründung, Wesen und Zweck solcher Anstalten, die hauptsächlich im Norden und Osten Deutschlands zahlreich errichtet wurden. Für Baden liegt zur Errichtung solcher Banken kein Bedürfnis vor. Dagegen wurde unter lebhafter Zustimmung der ganzen Versammlung ein Antrag angenommen, in welchem von der Regierung die Erweiterung des Geschäftsbereiches der Sparfassen gefordert wird. Weitergehende Bestimmungen bezgl. der Gewährung von Personalredit und Hypothekendarlehen werden verlangt, damit es den Sparfassen mehr als bisher möglich ist, dem Geschäftsmann und Handwerker zu helfen und damit zum Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft beizutragen.

Direktor Dr. Welger-Mannheim eröffnete in einem Vortrage über die Versicherungsvereine interessante Ausblicke über die Beteiligung der Sparfassen auf diesem Gebiete. Mit der Errichtung einer öffentlichen Versicherungsanstalt durch den Sparfassen- und Giroverband erklärt sich die Versammlung grundsätzlich einverstanden. Die Ausführungen des Referenten wurden von Bürgermeister Dr. Weis-Kehl noch zutreffend ergänzt. Bürgermeister Dr. Hügelmeier-Karlsruhe hat, den Sparfassen- und Giroverband der Pensionsversicherung der Beamten von Gemeinden und Sparfassen besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Man habe vergeblich beim Landtag und der Regierung die Selbstverwaltung für die Fürsorgekasse beantragt. Es sei außerordentlich bedauerlich, daß man diesen gemeinsamen Anträgen der Gemeinden und ihrer Beamten nicht entgegen gekommen sei. So, wie die Regelung in Baden sei, würde sie nur dem Buchstaben des Gesetzes genügen, in Wirklichkeit seien manche Witwen und Waisen, die berechtigten Anstand nähmen, ihre verarmte Lage durch Bürgerausschüsse und Schlichtungsausschüsse der Straße zu verkünden, in bitterer Not. Der Redner erklärte, die Gemeinden würden nicht ruhen und rasten, bis sie selbst mit ihren Beamten zusammen diese Verhältnisse regeln könnten. Ein gemeinsames Mittagsmahl und daran anschließend eine Dampferfahrt nach dem Beamtenwohnheim Waldbaus St. Jakob beschlossen die harmonisch verlaufene Tagung.

DZ. Forstheim, 16. Juni. Wie in der Sitzung des Stadtrats bekannt gegeben wurde, sind den Rinderheimen Wimpfen und Salem Spenden im Betrage von über 25 000 Mark überwiesen worden und zwar stammt der größte Teil dieser Summe von südamerikanischen Firmen. — Vorbeiläufig der Zustimmung des Bürgerausschusses tritt die Stadt der Badischen Girozentrale in Mannheim als Mitglied bei. — Zur Ausführung von Randarbeiten beantragt der Stadtrat beim Bürgerausschuss die Genehmigung eines Kredites von 500 000 M.

Freie Aussprache.

Wir veröffentlichen unter dieser, vom übrigen redaktionellen Teil abgetrennten Rubrik, bedeutendere Darlegungen und Anregungen aus allen Parteilagern, um auf diese Weise eine freie Aussprache zu ermöglichen. Selbstverständlich bewegt sich diese Rubrik außerhalb der politischen Verantwortung der Redaktion.

Am Scheideweg — Wirtschaftsführer mit an die Front!

Von Chefredakteur A. Becker-Kadolfzell.

Im Lande draußen reifen die 42 cm M.-Kessel der Oppositionsparteien herum und halten bereits fleißig mehr oder weniger geistreiche Wahlreden. Dem Reichstag prophezeien sie — wobei der Wunsch der Bayer des Gedankens ist — ein baldiges Ende und deshalb wird Heißdampf aufgemacht, um für alle Fälle nicht zu spät zu kommen. In das unerwartet wortreiche Spiel teilen sich die Jacobiner radikalster Sorte und die deutsch-nationalen Säbelschlüder und man sollte meinen, daß schon dieser Umstand allein genügen sollte, um manchem im Lande draußen die Augen zu öffnen. Die Reichsregierung sieht diesem Spiel gelassen zu und denkt nicht daran, die Platte ins Korn zu werfen. Reichsanwalt Dr. Birth ist kühn genug, zu glauben, daß er ohne Reichstagsauflösung auskommen kann. Wir wählten auch nicht, was bei Neuwahlen herauskommen sollte. Eine wesentliche Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse würden sie kaum ergeben und das wäre doch nach der Auffassung der Oppositionsparteien der Zweck der Lösung. Andererseits wird sich niemand verhehlen, daß Reichstagsauflösung nur zu einer neuen Aufspaltung der Parteileidenenschaft führen, und damit ihren Zweck, feste und geordnete Mehrheitsverhältnisse im Reich zu schaffen, erst recht verfehlen. Darüber hinaus aber würden Neuwahlen gerade jetzt, wo Volk und Regierung sich anscheiden, die Forderungen des Friedensvertrags zu erfüllen, das langsam schwindende Mißtrauen des Auslandes aufs neue beleben. Deshalb sind Neuwahlen nicht nur überflüssig, sondern auch verhängnisvoll für die deutsche Auslandspolitik. Wer so etwas wie politische Ohren hat, der muß merken, daß wir an einem Wendepunkt in der inneren und äußeren Politik stehen und dem deutschen Volk und seinen Führern jetzt Ruhe gelassen werden muß. Partisanenartiger Mägen jetzt einmal den Mund halten und unsere Reichsregierung muß die Führer der Wirtschaft mit zur Front beordern. Die so verbreitete Regierungsbasis dünkt unhaltbarer und zweckmäßiger, als eine rein parteipolitisch verbreitete Plattform.

In den Kabinetten der ersten Nachrevolutionzeit sahe bekanntlich u. a. auch Minister ohne Portfeuille, die gewisse Sonderaufgaben zu lösen hatten und vor allem auch im Parlament sprachen. Wir sehen, daß durch die erneute Schaffung solcher Minister ohne Portfeuille es möglich wäre, das Problem der Heranziehung bekannter Wirtschaftspolitiker zu lösen. Es könnte sich um 3-5 solcher Minister handeln, die, ohne mit aufreibender Arbeit im eigenen Ressort beschäftigt zu sein, lediglich die Hauptlinien der neuen Wirtschaftsführung festzulegen, mit anderen Worten, dem ausführenden Kabinett Ideen, Pläne und Wirtschaftspraxis zu vermitteln hätten. Da die zu lösenden Aufgaben ja nicht darin bestehen sollen, einen komplizierten, umfangreichen Verwaltungssapparat zu leiten, sondern das parlamentarische Kabinett ständig zu beraten, mit ihm ein Wirtschaftsprogramm aufzubauen und für dessen Durchführung praktisch zu sorgen, Mittel und Wege zu zeigen, wäre es den Herren gewiß möglich, neben ihrer eigentlichen Tätigkeit ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Damit wäre dann auch die finanzielle Frage gelöst, die ein nicht unwichtiger Gesichtspunkt bei der Übernahme von Ministerposten seitens führender Wirtschaftsmänner ist. Man kann es diesen Persönlichkeiten doch wohl nicht gut zumuten, sich als Minister nach Ausscheiden aus ihrem früheren Beruf mit einem Fünftel oder einem Zehntel ihres bisherigen Einkommens sich zufriedener zu geben, besonders dann nicht, wenn man von ihnen Taten verlangt, die weit über das hinausgehen müssen, was sie in ihrem bisherigen Beruf geleistet haben. Man kann es ihnen auch aus dem Grund nicht zumuten, weil die eingeweihende Ehe doch recht zweifelhaft ist in einer Zeit, wo in weiten Kreisen des Volkes der Begriff für wirtschaftliche Arbeitsleistung und zur Verdienste um das Vaterland stark abhanden gekommen ist. Wir halten die Verfassung in dem alten Wirkungsbereich aus, deshalb für besonders notwendig, damit die Herren immer wieder aus der Praxis schöpfen und vor allem auch die von ihnen aufgestellte Wirtschaftsführung in ihrer Auswirkung auf das Erwerbsleben selbst ständig verfolgen können. Wir sind auch der Überzeugung, daß solchen Ministern, die nach wie vor mitten im Wirtschaftslieben stehen, von ihren Berufsgenossen wertvolle Anregungen zugehen werden, die den früheren Kabinetten nicht zuzugingen, weil die Vermutung nahe lag, daß solche Anregungen infolge Unkenntnis der tatsächlichen Wirtschaftsverhältnisse bei den rein politischen Kabinetten unter den Tisch fielen, bezw. in ihrer mehr oder weniger weittragenden Bedeutung nicht erfaßt wurden.

Man wird mir entgegenhalten, daß eine derartige Beratung der Regierung eigentlich Aufgabe des Reichswirtschaftsrates sein sollte. Gewiß, das sollte sie wohl sein, aber man darf nicht vergessen, daß der Reichswirtschaftsrat doch ein recht stillschweigendes Parlament von Köpfen darstellt, das, wenn es sich auch für die einzelnen Sach- und Fachfragen in Ausschüsse öffnet, doch immer eben ein Parlament bleibt mit all seinen Vorzügen und Nachteilen. Für die Wirtschaftsführung, die wir heute brauchen, ist es nicht angängig, gleich ein ganzes Parlament heranzuziehen. Was wir brauchen, kann nur im kleinsten Kreis ganz hervorragender, großtätiger Wirtschaftspraktiker erdacht und beraten werden, in einer Art Wirtschaftsdirektorium, das von äußeren Einwirkungen so unabhängig wie möglich ist, nie durch die Parteibrille sehen darf und nur das Gesamtwohl im Auge hat, ohne in der einen oder anderen Weise durch die ihm nahestehenden Erwerbsgruppen belastet zu sein. Bis her hatte man immer nur den Eindruck, als wenn der Reichswirtschaftsrat lediglich ein Instrument lähmender Kritik wäre, zwar der Kritik aus Sachverständigenmund, aber eben doch nur der Kritik. Er hat zumeist hinter dem Reichstag her, geklappt, während es unferes Erachtens notwendig gewesen wäre, daß die meisten der herausgekommenen Gesetze seiner Begutachtung vorgelegt hätten und dann dem Reichstag zugegangen wären. Das hat sich ja, wie zugegeben werden muß, schon etwas geändert, und der Reichswirtschaftsrat wird, wenn er einmal aus den Rindertrantheiten sich durchgerungen hat, sicher manche dankenswerte Aufgabe zu erledigen haben, aber für die Aufgaben, die hier gelöst werden müssen, ist er doch nicht das geeignete Instrument. Er wird durch die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer viel mit dazu beitragen, daß das Verständnis der letzteren für die Tätigkeit der ersteren wächst und die Arbeitnehmer, bezw. ihre Führer, tieferen Einblick in die großen wirtschaftlichen Zusammenhänge bekommen. Aber es ist, wie gesagt, in seiner Gesamtheit nicht geeignet, das vorgeschlagene Wirtschaftsdirektorium zu ersetzen. Hier kann man nur einige wenige Männer gebrauchen, die kraft ihre

langen wirtschaftlichen Erfahrung, ihres Weitblicks, ihrer Energie, ihres Ideenreichtums und ihrer produktiven Initiative berufen sind, große Wirtschaftspragen in ihren Zusammenhängen mit dem Ausland zu lösen, die die Dinge nicht nur vom Arbeitgeber-, sondern vielleicht noch mehr vom Arbeitnehmerstandpunkt aus zu betrachten in der Lage sind, und die deshalb bei ihren Vorschlägen, die ja doch mehr oder weniger eine Belastung des ganzen Volkes bedeuten werden, verstehen, diese Belastung wirklich gleichmäßig, bezw. nach der Kraft der für sie in Frage kommenden Schultern gerecht zu verteilen.

Wiedergutmachung, Weltwirtschaft und Presse.

* Aus Zürich wird uns geschrieben:

In den letzten Tagen ging eine kurze Nachricht durch die Presse, daß der englische Staatsmann Winston Churchill eine Rede in London gehalten habe, die auf den ersten Blick als eine deutschfreundliche Äußerung erscheinen mußte. Trotzdem allein schon aus diesem Grunde eine prägnante Wiedergabe der betreffenden Redewendungen erforderlich gewesen wäre, die sowohl vom Standpunkte des Wiedergutmachungsproblems als auch von jenem der Weltwirtschaft aus höchst bedeutungsvoll sind, beschränkte sich die Berichterstattung selbst in der führenden deutschen Presse wieder auf eine kurze Notiz, der dann in der einen oder anderen Zeitung fragmentarische Auszüge folgten. Es hätte hier aber unbedingt sofort ein wortgetreues Zitat erscheinen müssen, weil Winston Churchill als kommender Mann gilt, der neben Lord Robert Cecil, Mac Kenna und andern die Geschicke Englands leiten wird, sobald die jetzige Koalitionsregierung abgehaut hat. Die Bedeutung der Rede Winston Churchills liegt auch nicht in einer englisch-deutsch-französischen Zusammenarbeit, wie es in der ersten kurzen Meldung hieß (solches konnte nur indirekt aus den Worten Winston Churchills gefolgert werden), vielmehr war der englische Staatsmann darauf ausgegangen, Frankreich klar zu machen, daß England Frankreichs Freund sein könne, ohne Deutschlands Feind zu sein. Die Begründung dieses seines Satzes nahm Winston Churchill so vor, daß er die Wiedergut-

machungsleistungen in einem logischen Zusammenhang zu der Gestaltung der Weltwirtschaft brachte, die von diesen Leistungen sehr wesentlich beeinflusst wird. Mit einer erfreulichen Klarheit erklärte er, die neue deutsche Regierung habe nicht nur große Verpflichtungen in der Wiedergutmachung übernommen, sondern auch bereits „statistische (probationäre) Leistungen“ durchgeführt. Freilich, fuhr er fort, gehen diese Leistungen nicht ohne Rückwirkung auf die Weltwirtschaft vor sich, denn die deutschen Zahlungen können nur bei intensiver Arbeit der deutschen Industrie und bei starker Steigerung der deutschen Ausfuhr geleistet werden. Diese Ausfuhr aber wird von den Industrien der andern Länder umso eher verspürt werden, als sie unter der Begünstigung des deutschen Devisenfaktors erfolgen kann.

Hier hat Winston Churchill auch Dinge gesagt, die den Neutralen mitgeteilt werden sollten, denn die angestrenzte deutsche Industrie und Exporttätigkeit wird den neutralen Industrien auch eine unangenehme Konkurrenz sein und zwar wegen der Wiedergutmachungsleistungen Deutschlands, die jene angestrenzte Tätigkeit Deutschlands gebieterisch notwendig machen. Da aber die neutrale Presse zum großen Teil bei Paris verortet wird, Paris natürlich kein Interesse daran hat, Dinge zu berichten, die seine Ansprüche in den Augen der Neutralen kritisieren könnten, ist auch in den neutralen Zeitungen, soweit sie mir zu Gesicht kamen, und das sind sehr viele, nichts über die Rede Winston Churchills erschienen, das sie ins richtige Licht rücken könnte. Die Schlussworte der Rede Churchills, daß die Zukunft (der nächsten 30 Jahre nämlich) nicht von einem papierenen Völkerverbund bestimmt werde, sondern von einem Zusammenarbeiten der Völker, mögen vielleicht zu der nicht richtigen Zusammenfassung der Rede geführt haben, er sei für ein englisch-deutsch-französisches Zusammenarbeiten eingetreten. In Wirklichkeit war die Rede eine ziemlich kräftige Kritik an der Wiedergutmachungspolitik überhaupt und die Feststellung unlogischen Vorgehens bei dem Zahlungsmodus der Wiedergutmachungen. Die Regierung Dr. Brüning, deren guter Wille und Eatsleistung allgemein im Ausland anerkannt ist, kann derartige Reden in der nächsten Zukunft gut als Argument gebrauchen. Aber die deutsche Presse ist ihr dabei leider keine Helferin gewesen.

Dieser eklatante Fall ist wieder einmal in besonders nachdrücklicher Weise geeignet, gewisse Mängel in der Auslands-

berichterstattung, besonders der wirtschaftlichen, hervorzuheben zu lassen. Viel wertvolles Nachrichtenmaterial, das zur richtigen Beurteilung gegenwärtiger und kommender Dinge unerlässlich ist, geht leider noch immer durch ein veraltetes Berichterstattungssystem verloren.

Emil Friedrich Brodel.

Staatsanzeiger.

Die Eisenbahn-Generaldirektion hat verkehrt den technischen Eisenbahnbetriebssekretär Anton Eiserl in Offenburg nach Mannheim.

Die Lotterie der Münchener Künstlergenossenschaft und der Münchener Sezession betr.

Der Münchener Künstlergenossenschaft und der Münchener Sezession wurde die Erlaubnis zum Betrieb von 10.000 Losbriefen der von ihnen veranstalteten Sach- und Geldlotterie zugunsten wirtschaftlich schwachstehender Künstler durch Verkauf von Bildern — Preis der Losbriefe 2 Mk. — im Badischen Staatsgebiet erteilt.

Die zum Betrieb in Baden bestimmten Losbriefe müssen zuvor mit dem Stempel des Badischen Ministeriums des Innern versehen werden.

Die Losbriefe dürfen in Baden erst vom 1. Juli 1921 ab durch Ankündigung in badischen Zeitungen und in anderer Weise nur unter Angabe badischer Bezugsquellen angeboten werden.

Karlsruhe, den 9. Juni 1921.

Ministerium des Innern.
J. A. Arnold.

Schmidt.

Den Landesgesundheitsrat betreffend.

Professor Dr. med. Holzmann beim Gewerbeaufsichtsamt in Karlsruhe wird zum Mitgliede des Landesgesundheitsrats für die Jahre 1921 bis 1924 ernannt.

Karlsruhe, den 14. Juni 1921.

Ministerium des Innern.
Der Ministerialdirektor:
Arnold.

Jeller.

Statt besonderer Anzeige.

Mein lieber, herzenguter Mann, unser treusorgender, unvergesslicher Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Stefan Moninger

wurde Freitag früh nach sechswöchentlichem, schwerem Leiden, im 63. Lebensjahr durch den Tod erlöst.

Karlsruhe, San Francisco, Cal., den 17. Juni 1921.

In tiefer Trauer:

Elise Moninger geb. Hensel,
Stefan Moninger und Frau
Ingeborg geb. Larsen-Viggo,
Heinrich Moninger u. Frau
Gertrud geb. Fingado,
Karl Moninger, Kommerzienrat,
3 Enkelkinder: Wolfgang Carl-
Stefan, Fridolf Stefan, Ursula-
Gerta.

Die Leichenfeier findet am Montag, den 20. Juni in der Friedhofkapelle statt, anschließend Feuerbestattung im Krematorium. R.327

Trauerhaus: Westendstraße 44.
Beileidsbesuche dankend abgelehnt.

Statt besonderer Anzeige!

Nach schwerem Leiden verschied am 17. Juni der Mitbegründer unserer Gesellschaft

Herr Brauereidirektor

Stefan Moninger.

Tieferschüttert beklagen wir den Verlust dieses vortrefflichen Mannes, der durch seinen Pflichteifer, seinen Weitblick und seine unerschöpfliche Arbeitskraft hervorragenden Anteil an der Entwicklung unseres Unternehmens hat. R.328

Dauernde Dankbarkeit und treues Gedenken ist dem teuren Verblichenen bei uns gesichert.

Aufsichtsrat und Direktion
der Brauereigesellschaft vormals S. Moninger.

Ausstellungshalle

(Eingang Gartenstraße).

Fortsetzung des Verkaufs der

Herren-Anzüge

in allen Größen

zu Mk. 150.- 195.- 250.-

Günstigste Gelegenheit zum Einkauf guter und preiswerter Anzüge.

Städtische Bekleidungsstelle

Täglich ununterbrochen von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags geöffnet. R.325

Dresdner Bank

Eingezahltes Kapital: 260 Millionen M.
Rückstellungen: 80 Millionen M. :-

Niederlassungen in Baden:

Mannheim :: Heidelberg
Freiburg i. B. :: Konstanz

Sorgfältige Erledigung aller bankmäßigen Geschäfte :-

J. 889

Erich Bühler

Bank-Geschäft

Kreuzstraße Nr. 4, am Marktplatz

empfiehlt sich zur Ausführung von

Bank-Geschäften jeder Art

zu den billigsten Sätzen. K.271

Konto-Korrent- u. Scheckverkehr, Annahme u. bestmögliche Verzinsung v. Spargeldern je nach Kündigungstermin, kurzfristige Darlehen gegen Sicherheit, An- und Verkauf in- u. ausländischer Wertpapiere, Kupons und Noten.

Fachmännische Auskunft u. Beratung — in allen Geld-Angelegenheiten. —

Zu kaufen gesucht:

Hotel oder Gasthof

in Süddeutschland evtl. auf dem Lande, gut gehend, Geschäft, bei größ. Anzahlung. Übernahme kann sofort erfolgen. Offerten erb. unter F. F. 4284 an Rudolf Mossa, Freiburg i. B.

Alte Oelgemälde

mit und ohne Rahmen sucht

fortwährend zu kaufen:

Antiquar SASSE, Kaiserstraße 233

Telephon 4783 oder Postkarte genügt. K.321

Badisches Landestheater.

Sonntag, den 19. Juni, 5 bis 7, 10 Uhr. Mk. 20.—

Der Ring des Nibelungen

Die Walküre

I. Tag:

Bekanntmachung.

Das Anlehen der Stadt Heidelberg vom Jahre 1907 betr.

Bei dem am 20. ds. Mts. vorgenommenen öffentlichen Auslosung der im Jahre 1921 planmäßig zur Heimzahlung gelangenden Schuldverschreibungen wurden die unten aufgeführten Stücke gezogen.

Die mit fester Schrift gedruckten und eingeklammernten Nummern betreffen Schuldverschreibungen, welche schon in früheren Verlosungen zur Heimzahlung gekündigt, aber bis jetzt noch nicht eingelöst worden sind.

Anlehen 1907. (Heimzahlbar 1. November 1921.)
Tit. A 11 Stück zu Mk. 2000.—
(49), 176, 179, 310, (377), (384), 405, (411), 520, 534, 615, 630, 710, 724, 748.

Tit. B 18 Stück zu Mk. 1000.—
752, (799), 802, 816, (839), 851, (857), (969), (971), (983), (1005), 1065, 1085, 1091, 1161, (1180), 1253, (1378), (1388), 1395, (1398), (1427), 1436, 1445, 1549, 1617, 1680, 1681, 1713, 1720.

Tit. C 18 Stück zu Mk. 500.—
2021, (2115), 2126, (2154), 2174, (2194), 2225, (2268), 2289, (2311), 2374, (2375), (2378), 2400, (2470), (2526), 2565, (2649), 2736, 2796, (2807), 2814, 2836, 2994, 3039, 3092, 3123, 3151, 3186.

Tit. D. 10 Stück zu Mk. 200.—
3457, 3630, (3647), 3680, 3702, (3720), (3734), (3741), (3742), (3767), 3935, 3975, (3977), 4002, (4028), 4044, 4056, 4068.

Die Verzinsung der gezogenen Schuldverschreibungen hört mit dem zur Heimzahlung bestimmten Zeitpunkt auf.

Die Auszahlung der gezogenen Stücke im Nennwert erfolgt auf den genannten Termin bei den in den Schuldverschreibungen und Zinscheinen aufgeführten Banken und Kassen.

Mit den ausgelosten Schuldverschreibungen sind auch die unterfallenen Zinscheine sowie die Zinserneuerungsscheine abzuliefern. Der Betrag der etwa fehlenden unterfallenen Zinscheine wird bei der Auszahlung am Kapital in Abzug gebracht. R.331

Heidelberg, den 28. Mai 1921.
Der Stadtrat.

Preussisch-Glückliche Klassenlotterie.

Auch Ihnen habe ich zur

letzten Lotterie R.324

das große Los

angeboten, das in meine

Stolze gefallen ist.

Die Gewinnchancen sind

jetzt erneut erhöht. Im

weiten Falle Haupttreffer

1/2 Million Mark

Loose für die neue Lotterie

zu haben bei

Dr. Wettstein

Bad. Lotterie-Einnehmer.

Karlsruhe, Kronenstr. 56

und Zirkel 21.

Aufgebot.

K.811.2.1. Füllendorf,

Landwirt Anton Resen-

sohn in Nach hat das Auf-

gebot zum Zwecke der

Kraftloserklärung des in

Verlust geratenen Hypo-

thekendriefes über die im

Grundbuch Nach Band I

Heft 10 III. Abt. Nr. 9

zugunsten der Sparkasse

Füllendorf eingetragene

Darlehenshypothek im Be-

trage von 380 Mk. nebst

Zinsen beantragt.

Der Inhaber der Ur-

tunde wird aufgefordert,

spätestens in dem auf:

Donnerstag, den 10. Nov.

1921, vormittags 9 Uhr,

vor dem unterzeichneten

Gerichte anberaumten Auf-

gebotstermin seine Rechte

anzumelden, und die Ur-

kunde vorzulegen, widri-

genfalls die Kraftloser-

klärung der Urkunde er-

folgen wird.

Füllendorf, 30. Mai 1921.

Bad. Amtsgericht.

Etatmäß. Buchhalterstelle

bei der Stadthauptkasse ist

alsbald zu besetzen. Grup-

pe VII der Besoldungs-

ordnung. Die Stelle wird

frei, weil dem bisherigen

Inhaber von einer

Stadtgemeinde der Stadt-

regierungsstellen übertragen

wurde. Bewerber, die im

stätt. Kassens- und Rech-

nungsweesen durchaus be-

wandert und zur selbst-

ständigen Hauptbuchfüh-

rung befähigt sind, wol-

len ihre Gesuche mit Re-

denstand und Zeugnissen

bis 1. Juli d. J. beim

stätt. Rechnungsbüro ein-

reichen. R.329.2.1

Billingen, 15. Juni 1921.

Gemeinderat.